https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/4272

Gen-ethischer Informationsdienst

Kurz notiert - Landwirtschaft und Lebensmittel

AutorIn
GID-Redaktion

Agro-Gentechnik

Peru: Gentechnik-Moratorium verlängert

In Peru soll es weiterhin verboten bleiben, gentechnisch veränderte Organismen (GVO) zu importieren oder anzubauen. Das Moratorium, welches seit 2011 besteht, wurde mit einem Beschluss des peruanischen Kongresses um weitere 15 Jahre verlängert und soll bis Dezember 2035 weiterlaufen. Der Verlängerung ging eine umfangreiche Kampagne voraus, die Landwirt*innen, Bürger*innen und mehr als 30 Organisationen unter dem Motto „Biodiversität ist unsere Identität: Vereint für ein GVO-freies Peru“ organisiert hatten. Der Initiator der Kampagne, Luis Gomero Osorio, plant, das Gesetz zu einem Instrument für die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen und den Erhalt der Agro-Biodiversität in Peru zu machen. Peru ist eines der wenigen Länder weltweit, welches die Einfuhr und die Produktion von GVO in der Landwirtschaft vollständig verbietet. (AgroNoticias, 05.01.21, www.agronoticias.pe; IFOAM, 20.01.21; www.ifoam.bio; Informationsdienst Gentechnik, 21.02.21, www.keine-gentechnik.de) (pv)

Schweiz: Migros gibt grüner Gentechnik eine Chance

Migros, der größte Lebensmitteleinzelhandel der Schweiz, hat sich befürwortend gegenüber neuen Gentechniken geäußert. Damit stellt sich Migros gegen die anstehende Verlängerung des Schweizer Moratoriums gegen Gentechnik, welches Ende des Jahres ausläuft. Der Bundesrat will das Moratorium verlängern, zudem soll es auch ein Verbot für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen umfassen. Migros plädierte laut Neuer Züricher Zeitung für eine risikobasierte Einzelfallbeurteilung und beruft sich auf die Handhabung in Ländern wie Kanada, Israel oder den USA. Die Lebensmittelproduktion gerate durch den Klimawandel zunehmend unter Druck, die neuen Gentechnikverfahren könnten Lösungen bieten, so Migros. Auch der Schweizer Bundesrat habe ein Interesse an den neuen Gentechnikverfahren, seitens der Landwirtschaft und der Konsument*innen bestehe jedoch kein Interesse, das Moratorium aufzuheben. Auch der Schweizer Bauernverband begrüßt eine Verlängerung des Moratoriums ausdrücklich. Es sei die Grundlage für eine gentechnikfreie Schweiz. (Neue Züricher Zeitung, 06.04.21, www.nzz.ch) (pv)

Nahrungsmittel

Japan: CRISPR-Tomate genehmigt

Im Januar wurde die erste CRISPR-Tomate von den japanischen Behörden zum Verzehr zugelassen. Verglichen mit handelsüblichen Tomatensorten soll die neue Sorte „Sicilian Rouge High GABA" von Sanatech Seed den fünffachen Gehalt an ?-Aminobuttersäure (GABA) enthalten, die als Neurotransmitter im zentralen Nervensystem zur Entspannung beitragen und den Blutdruck senken soll. Dafür wurden Gene, die eigentlich für den Abbau der in grünen Tomatenfrüchten natürlicherweise hohen Menge an GABA zuständig sind, mit Hilfe der Gen-Schere CRISPR-Cas ausgeschaltet. Aufgrund dessen erfolgte die Zulassung dieses Lifestyle-Produkts relativ unkompliziert, da in Japan nur Transgene enthaltende Pflanzen als gentechnisch veränderte Organismen (GVO) gelten. Demzufolge fand nach Angaben einer japanischen Verbraucherschutzorganisation auch keine Risikoprüfung der Pflanzen statt, obwohl GABA u.a. in Wachstumsprozesse, die Pathogenabwehr und weitere Stoffwechselfunktionen involviert ist. Bisher werden Pflanzensetzlinge ausschließlich an Hobbygärtner*innen verteilt – kostenlos, da der kommerzielle Verkauf aufgrund von Patentstreitigkeiten aktuell noch verhindert wird. Neben der absichtlichen Verunreinigung durch eine kostenlose Verteilung zeigt Sanatch Seed auch Interesse an der Einführung seines Produkts in Länder mit ähnlich ungeregelten Bestimmungen. Daher beobachten sie den regulatorischen Status von GVO in anderen Ländern sehr genau, insbesondere in Großbritannien, wo nach dem Brexit aktuell versucht wird, neue gentechnische Verfahren zu deregulieren. (Testbiotech, 02.03.21, www.testbiotech.org; GMWatch, 24.03.21, www.gmwatch.org) (mj)

Umfrage: Große Mehrheit für Kennzeichnungspflicht

Eine europaweite Umfrage der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament zu Gentechnik in Lebensmitteln hat ergeben, dass sich eine große Mehrheit der Befragten für die Kennzeichnungspflicht von Gentechnikprodukten ausspricht. Demzufolge wünschen sich 86 Prozent der beteiligten Europäer*innen eine eindeutige Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel, in Deutschland liegt die Zahl bei 85 Prozent. Unter den Befragten, die von neuen Techniken wie CRISPR-Cas gehört hatten, fordert eine Mehrheit von 68 Prozent eine Kennzeichnung von mit neuen Gentechniken hergestellten Nahrungsmitteln. Von den in Deutschland befragten Personen fordern dies entsprechend 70 Prozent. Die repräsentative Umfrage wurde vom Meinungsforschungsinstitut Ipsos zwischen Februar und März 2021 in allen 27 EU-Ländern durchgeführt. (PM Martin Häusling, 30.03.21, www.martin-haeusling.eu) (pv)

Vermarktung von Cortevas CRISPR-Mais geplant

Der US-amerikanische Saatgutkonzern Corteva plant die Vermarktung der Wachsmaissorte „Waxy Maize", welche mit dem neuen Gentechnikverfahren CRISPR-Cas hergestellt wurde. Mindestens fünf Länder, darunter Argentinien, Brasilien, Kanada, Chile und die USA, erlauben bereits die Freisetzung der Maissorte, andere Länder könnten bald folgen. Der gentechnisch veränderte „Waxy Maize" enthält eine geänderte Stärkezusammensetzung. Laut Informationsdienst Gentechnik könnte die daraus hergestellte Stärke auch in Europa als gentechnikfreies Produkt verkauft werden. Dem Canadian Biotechnology Action Network (CBAN) zufolge nutze Corteva seinen gentechnisch veränderten Wachsmais, um die Regulierung der neuen Gentechnik CRISPR-Cas sowie die Reaktion der Öffentlichkeit darauf zu testen. Nach Aussagen eines Mitarbeiters von Corteva Agriscience soll der CRISPR-Mais auch zur öffentlichen und behördlichen Akzeptanz von CRISPR-Pflanzen beitragen. Ein detailliertes Profil von Cortevas Wachsmais wurde von CBAN veröffentlicht. (GRAIN, 29.03.21, www.grain.org; Informationsdienst Gentechnik, 09.04.21, www.keine-gentechnik.de; CBAN, 12.04.21, www.cban.ca) (pv)

Risikodebatte

Kleine Veränderungen, große Auswirkungen

Ein neuer Übersichtsartikel beschreibt, wie vermeintlich kleine Eingriffe bei Pflanzen mit neuen gentechnischen Verfahren (v.a. durch die Genschere CRISPR-Cas) zu großen Auswirkungen auf die

Ökosysteme führen können. Am Beispiel des gentechnisch veränderten (gv) Leindotters werden ungewollte und unerwartete Effekte in Folge einer Freisetzung dargestellt. Leindotter hat von Natur aus einen hohen Gehalt an mehrfach ungesättigten Fettsäuren, deren Veränderung für die Agro-Industrie von Interesse ist, z.B. für Biokraftstoffe oder Nahrungsergänzungsmittel. Durch den Einsatz der Genschere wurden im Erbgut des Leindotters bis zu 18 Genkopien auf einmal ausgeschaltet. Der dadurch erhöhte Ölsäuregehalt soll das Öl länger haltbar machen. Leindotter hat einen sechsfachen Chromosomensatz, weshalb es mit konventionellen Züchtungsmethoden sehr schwierig bis unmöglich ist, solche Veränderungen zu erzielen. Es hat sich gezeigt, dass dadurch vielfältige Eigenschaften verändert werden können. So hat eine Veränderung der Fettsäurezusammensetzung Auswirkungen auf die Bildung pflanzlicher Botenstoffen. Diese werden benötigt, um z.B. bei einem Befall mit Pathogenen mit anderen Pflanzen zu kommunizieren. Des Weiteren können die Veränderungen in bestehende Nahrungsnetze eingreifen. Neben dem generellen Risiko der unkontrollierten Ausbreitung der gv-Pflanzen, besteht auch die Gefahr, dass sie in Wildarten einkreuzen und zu unbeabsichtigten Effekten bei Folgegenerationen führen. (Environmental Sciences Europe, 26.03.21, doi: 10.1186/s12302-021-00482-2; Fachstelle Gentechnik und Umwelt, o.D., www.fachstelle-gentechnik-umwelt.de) (mj)

Mangelnde Genauigkeit und Ausgewogenheit

Ende März legte das Ethik-Beratungsgremium (EGE) der EU-Kommission ein Gutachten zu Anwendungen der neuen Gentechnikverfahren (NGT) an Menschen, Tieren und Pflanzen vor. Während die Bereiche Mensch und Nutztiere relativ umsichtig bearbeitet wurden, fehle es im Kapitel über Pflanzenzüchtung an der notwendigen Ausgewogenheit und wissenschaftlichen Sorgfalt, kritisieren Umweltorganisationen. Die EGE stellt z.B. fest, dass es keine negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt in Folge des Anbaus von transgenen Pflanzen gäbe. Außerdem werden die Unterschiede zwischen konventionellen Züchtungsmethoden und NGT unzureichend beleuchtet. Auch die spezifischen Gefahren der NGT werden nicht erwähnt und sowohl die Kosten der notwendigen Risikoprüfung als auch die Folgen der Patentierung nur einseitig dargestellt. Die EGE will eine Risikobewertung nur bei komplexen genetischen Veränderungen durchführen, wohingegen die Umweltorganisationen die Prüfung aller mit NGT erzeugten Pflanzen fordern. Es stellen sich außerdem Fragen bzgl. der Unabhängigkeit der beteiligten Expert*innen im EGE. Der vermutlich einzige Experte für NGT war in der Vergangenheit für von der Biotech-Industrie finanzierte Organisationen tätig und ist als langjähriger Befürworter der grünen Gentechnik bekannt. (Testbiotech, 22.03.21, www.testbiotech.org; GMWatch, 23.03.21, www.gmwatch.org) (mj)

Mexiko: Transgene in wilden Baumwolle-Populationen

Eine aktuell in Scientific Reports veröffentlichte Studie untersuchte die ökologischen Konsequenzen gentechnisch veränderter Baumwolle (Bt-Baumwolle) in Mexiko, wo diese seit 25 Jahren großflächig angebaut wird. Dabei konnte im Yucatán, einer Ursprungsregion wilder Baumwolle, ein Genfluss von Bt-Baumwolle in natürliche Populationen festgestellt werden. Die daraus entstandenen Hybride trugen veränderte Genvarianten in sich, die es ihnen im Laborversuch erlaubten, selbst Insektengifte herzustellen oder eine Glyphosattoleranz zu etablieren. Normalerweise sondern Baumwollpflanzen einen speziellen Nektar ab, von dem Ameisen angelockt werden – eine natürliche Verteidigungsreaktion gegen pflanzenfressende Schädlinge. Die gefundenen Hybridpflanzen produzierten aber viel wesentlich mehr oder deutlich weniger Nektar – je nachdem über welche Gene sie verfügten. Entsprechend variierte auch die Anzahl der angelockten Ameisen, was wiederum den Schutz vor Schädlingen und die Fitness beeinflusste. Die Forscher*innen merkten zudem an, dass die Etablierung der untersuchten transgenen Baumwollpflanzen-Populationen sehr schnell erfolgte. Fanden sich in einer Untersuchung von 2008 noch keine Spuren von transgenen Veränderungen, so wurden sie 2018 bereits bei 60 Prozent der untersuchten Pflanzen festgestellt. (Science Reports, 21.01.21, doi: 10.1038/s41598-021-81567-z; Testbiotech, 11.02.2021, www.testbiotech.org) (rw)

Anbau und Pestizide

Volksabstimmung: Pestizidfreie Schweiz?

Am 13. Juni 2021 liegen in der Schweiz drei Initiativen zur Abstimmung vor, die sich mit Klimaschutz und Umweltfragen befassen. Eine Vorlage ist die „Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide“, die von einer Gruppe engagierter Bürger*innen, darunter Winzer*innen, Ärzt*innen und Wissenschaftler*innen ins Leben gerufen wurde. Sie fordert den Verzicht auf synthetische Pestizide in der Nahrungsmittelproduktion, bei öffentlichen Plätzen und Privatpersonen mit einer Übergangsfrist von zehn Jahren und schützt die inländische Landwirtschaft durch gleiche Regeln für Importe. Die Zehnjahresfrist soll der Landwirtschaft eine schrittweise Umstellung ermöglichen und allen Akteur*innen Zeit verschaffen, um die notwendigen Maßnahmen für einen Verzicht auf synthetische Pestizide zu ergreifen. In der Schweiz werden jährlich rund 2.000 Tonnen an Fungiziden, Herbiziden und Insektiziden ausgebracht. Ein Teil dieser Pestizide wird von den Feldern weggewaschen und so landen die Gifte in Flüssen und Seen und letztlich im Trinkwasser. In Wasserproben von untersuchten Bächen wurden mehrfach über 100 verschiedene Wirkstoffe gefunden. (Leben statt Gift, o.D., www.lebenstattgift.ch; Schweizer Bundesrat, o.D., www.admin.ch) (biorespect)

Schweiz: Weiterer Freisetzungsversuch

Ende März hat das Schweizer Bundesamt für Umwelt (BAFU) einen weiteren Freisetzungsversuch der Universität Zürich mit gentechnisch verändertem (gv) Weizen bewilligt. Das als Ergänzungsversuch deklarierte Vorhaben mit transgenem Weizen, der eine vermeintlich höhere Resistenz gegen Mehltau aufweist, soll Vergleichsdaten für bereits erfolgte Freilandversuche liefern. Seit 2008 werden vom Institut für Pflanzen- und Mikrobiologie der Universität Zürich auf einem Feld in Reckenholz bei Zürich Freilandversuche mit gv-Pflanzen durchgeführt. Das Referenzprojekt für den im „vereinfachten Bewilligungsgesuch“ beantragten Ergänzungsversuch wurde für eine Projektdauer von 2019 bis 2023 genehmigt. Das Versuchsfeld der Eidgenössischen Forschungsanstalt Agroscope wird als „Protected Site“ bezeichnet – die lediglich durch einen ca. zwei Meter hohen Bauzaun und Kameraüberwachung von der Außenwelt getrennt ist. Das Feld wird mit öffentlichen Geldern finanziert und Forschenden aus der Schweiz für Versuche mit gv-Pflanzen bereitgestellt. Aktuell ist in der Schweiz der Anbau von gv-Pflanzen bis Ende 2021 verboten. Die vom Bundesrat geforderte Verlängerung des Moratoriums bis 2025 wird aktuell noch geprüft. Zudem wird Gentechnik in der Lebensmittelproduktion von der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung abgelehnt. (Schweizer Allianz Gentechfrei, 06.04.21, www.gentechfrei.ch) (mj)

Pestizidbelastung steigt deutlich

Forscher*innen der Universität Koblenz-Landau haben gezeigt, dass die Umweltbelastung durch Pestizide in den letzten knapp 30 Jahren dramatisch gestiegen ist. Grund dafür ist die häufig stark gestiegene Giftigkeit der ausgebrachten Pestizide – sowohl bei Feldern mit Gentechnik-Pflanzen als auch in der konventionellen Landwirtschaft. Bei der Gesamtmenge der Insektizide ist zwar ein deutlicher Rückgang um 40 Prozent zu verzeichnen (v.a. Organophosphate und Carbamate), was eine positive Wirkung auf Wirbeltiere hat. Gleichzeitig wurden aber verstärkt Pyrethroide und Neonikotinoide eingesetzt, die für viele Wirbellose (v.a. Insekten und wasserbewohnende Organismen) schon in sehr geringen Mengen extrem toxisch sind. Bei den Herbiziden sind hingegen sowohl das Gesamtvolumen als auch die Toxizität deutlich gestiegen. Die Versprechen einer Pestizidreduktion durch Agro-Gentechnik haben sich also nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: die meisten transgenen Pflanzen, die Insektengifte produzieren und / oder resistent gegen Herbizide sind, haben im Anbau zur Entwicklung von resistenten Beikräutern oder Schädlingen geführt. Dadurch wird häufiger und mit zusätzlichen Pestiziden gespritzt. Die Ergebnisse „stellen die Aussage einer über die Zeit sinkenden Auswirkung von Pestiziden auf die Umwelt für konventionelle und genetisch veränderte Kulturen infrage und belegen den Bedarf für eine globale Reduktion der ausgebrachten Toxizität

von Pestiziden“, so die Autor*innen der Studie. (Science, 02.04.21, www.doi.org/10.1126/science.abe1148; Redaktionsnetzwerk Deutschland, 03.04.21, www.rnd.de) (mj)

Agrarpolitik

Positive Effekte einer Pestizidsteuer

Laut einer aktuellen Studie des Helmholz Zentrums für Umweltforschung (UFZ) könnte die Einführung einer Steuer auf Pestizide deren Absatz langfristig um bis zu 50 Prozent reduzieren. Bei Herbiziden wäre sogar eine Reduktion von bis zu 78 Prozent möglich. Dadurch könne das in der Farm-to-Fork-Strategie formulierte Ziel der EU-Kommission, den Pestizideinsatz bis 2030 zu halbieren, deutlich näher rücken. In dem von den Autor*innen empfohlenen, modifizierten UFZ-Konzept werden risikobasierte Auswirkungen auf Artenvielfalt und Ökosysteme durch ein für Herbizide und Insektizide um 50 Prozent erhöhtes Abgabenniveau mit eingepreist. Dieses Internalisieren der externen Umweltkosten, die durch den Pestizideinsatz entstehen und bisher von der Allgemeinheit u.a. durch Steuern, Wasserpreise und Krankenkassenbeiträge bezahlt werden, ist eine wichtige, längst überfällige, politische Maßnahme im Sinne des Verursacherprinzips. Dadurch würden die Anreize zum sparsamen Pestizideinsatz und für alternative Ansätze steigen, was letztendlich zu einer Entlastung von Mensch und Natur führen würde. Neben der Lenkungsfunktion würde sich auch eine Finanzierungsmöglichkeit zur Förderung alternativer Landwirtschaftssysteme ergeben. Betriebe, die durch ihre Arbeit die Gesundheit von Umwelt und Gesellschaft verbessern, würden dadurch besonders entlohnt und wertgeschätzt werden. (Pestizid Aktions-Netzwerk, 23.03.21, www.pan-germany.org; Wirkung verschiedener Abgabenkonzepte zur Reduktion des Pestizideinsatzes in Deutschland, 2021, www.gls.de/pestizidabgabe) (mj)

Kabinett beschließt Insektenschutzpaket

Nach monatelangen Uneinigkeiten hat das Bundeskabinett im Februar das Insektenschutzpaket beschlossen. Das Paket besteht aus zwei Teilen, die gemeinsam einen Beitrag zur Wahrung der Artenvielfalt in Deutschland leisten sollen: einer Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes unter Federführung des Umweltministeriums und einer überarbeiteten Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung unter der Regie des Landwirtschaftsministeriums. Gerungen wurde bis zuletzt vor allem um den Teil des Paketes, der den Einsatz von Pestiziden wie beispielsweise Glyphosat regelt. Ab Januar 2024 soll der Einsatz von Glyphosat komplett verboten werden. Bis dahin gelten starke Einschränkungen und Teilverbote. Eine flächige Anwendung sei nur noch unter bestimmten Bedingungen zulässig, so die Tagesschau. Bereits im September 2019 hatte das Kabinett das Aktionsprogramm Insektenschutz beschlossen. (Tagesschau, 09.02.21, www.tagesschau.de; ZEIT, 10.02.21, www.zeit.de; PM BMU, 12.02.21, www.bmu.de) (pv)

Pharmakonzerne

Die CRISPR-Akten

Dokumente der EU-Kommission, der belgischen und der niederländischen Regierung zeigen, wie die Biotech-Industrie sich in Brüssel seit Monaten intensiv für eine Deregulierung der neuen gentechnischen Verfahren (Genome Editing bzw. CRISPR-Cas) einsetzt. Das geht aus einem neuen Bericht der Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) hervor, der aufdeckt, wie Agrarkonzerne und ihre Lobbyverbände versuchen, die EU-Institutionen zu beeinflussen. So werden z.B. Strategietreffen von der industrienahen European Plant Science Organisation (EPSO) organisiert, bei denen sich Lobbyisten und handverlesene Beamt*innen aus den nationalen Ministerien zusammenfinden. Ziel dieser Treffen sei es, Strategien zu finden, durch die sich das EU-Gentechnikrecht mit dem geringsten politischen Widerstand ändern lasse. Die EPSO bezeichnet sich zwar als Vertreterin der Wissenschaften, bei ihren politischen Aktivitäten verbreitet sie aber die Botschaften der Industrie (z.B. von Bayer, BASF oder KWS). Weiterhin richtete die Denkfabrik Re-

Imagine Europa (RIE) 2020 eine Taskforce ein, um sich in Europa für Genome Editing im 21. Jahrhundert zu engagieren. Die Expert*innen dieser Taskforce repräsentieren v.a. Gentechnik-Konzerne und die Agro-Industrie. Eine dritte Organisation, die European Sustainable Agriculture Through Genome Editing (EU-Sage), in deren Gremien sich auch Vertreter*innen von Bayer und BASF befinden, kontaktierte laut den Dokumenten die EU-Kommission ebenfalls als vermeintliche Vertreterin der Wissenschaft mit der Absicht, die neuen Gentechniken zu deregulieren. (CEO, 29.03.21, www.corporateeurope.org; Informationsdienst Gentechnik, 06.04.21, www.keine-gentechnik.de) (mj)

Rekordverlust bei Bayer wegen Monsanto

Der Chemiekonzern Bayer hat für das Jahr 2020 Fehlbeträge von 10,5 Milliarden Euro gemeldet. Laut der taz ist es der höchste Verlust der Unternehmensgeschichte. Verursacht wurde der Verlust durch die Übernahme des US-Saatgut- und Pestizidproduzenten Monsanto. Die Verluste seien vor allem auf Sonderaufwendungen zurückzuführen, so die taz. Dabei gehe es vor allem um Rückstellungen, um Klagen beizulegen – wegen der Monsanto-Pestizide Glyphosat und Dicamba, der ebenfalls von der US-Firma produzierten Industriechemikalie PCB oder der Sterilisationsspirale Essure. In den USA sorgte Glyphosat für eine Klagewelle, inzwischen meldeten rund 125.000 Kläger*innen Ansprüche bei Bayer an. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) wertete die Bilanz als „Quittung für rücksichtslose Profit-Jagd“. „Trotzdem zeigt der Konzern sich nicht gewillt, daraus zu lernen. So tut er nach wie vor alles, um Glyphosat auf dem Markt zu halten“, sagte CBG-Sprecher Marius Stelzmann der taz. Bayer habe trotz über anderthalbjähriger Vergleichsverhandlungen noch keine Lösung präsentiert. (taz, 25.02.21, www.taz.de; Deutsche Welle, 25.02.21, www.dw.com) (pv)

EU-Kommission: Industrieinteressen stärker berücksichtigt

Die EU-Kommission hat bei der Regulierung von neuen Gentechnikverfahren die Interessen der Industrie stärker berücksichtigt als die anderer Stakeholder. Das ist das Ergebnis eines neuen Berichts der Umweltorganisation Friends of the Earth Europe (FOEE). Die Organisation untersuchte, welche Akteur*innen von der EU-Kommission im Rahmen einer Konsultation zur zukünftigen Regulierung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) angehört wurden. Demnach seien 74 Prozent der Vertreter*innen aus Industrieverbänden. Einige Biotech-Unternehmen seien sogar mehrfach vertreten gewesen. Von diesen Akteur*innen sei bekannt, dass sie ein Interesse daran hätten, mit neuen Gentechniken erzeugte GVO von den Sicherheitsregelungen auszunehmen. Im Vergleich dazu stammten lediglich 14 Prozent der Stakeholder aus zivilgesellschaftlichen Gruppen, die keine finanziellen Interessen hinter neuer Gentechnik verfolgen und auf die Risiken der Verfahren aufmerksam machen. FOEE zufolge bricht die EU-Kommission damit ihre eigenen Regeln und erlaubt es Unternehmen, die von einer Schwächung der GVO-Sicherheitsregeln profitieren würden, bei der Neuformulierung dieser Regeln zu helfen. Die Ergebnisse der Konsultation fließen in eine Studie der EU-Kommission über die Regulierung neuer Gentechnik in der EU ein, deren Veröffentlichung für Mai geplant ist. (Friends of the earth Europe, 04.03.21, www.friendsoftheearth.eu; Deutscher Naturschutzring, 04.03.21, www.dnr.de) (pv)

Handelspolitik

Kritik an Importgenehmigungen von Gentech-Pflanzen

Die EU-Kommission hat acht Anträge auf Importzulassungen von Gentechnik-Pflanzen genehmigt. Unter den Pflanzen sind Mais- und Sojasorten, die Insektengifte produzieren und Resistenzen gegen Glyphosat aufweisen. Darunter sind fünf Neuzulassungen und drei Wiederzulassungen. Wie Testbiotech berichtet, hatte sich das EU-Parlament bereits in mehreren Resolutionen gegen diese Zulassungen ausgesprochen. Die Pflanzen dürfen jetzt in die EU importiert und als Nahrungs- und Futtermittel verwendet werden. Testbiotech kritisiert die Zulassungen und weist auf Mängel in der EU-Risikoprüfung von Gentechnik-Pflanzen hin.

Diese Mängel beträfen auch die erwähnten Zulassungen. Eine der Neuzulassungen ist eine Maissorte der Firma Bayer, die eine verbesserte Trockentoleranz aufweisen soll. Eine detaillierte Prüfung zeigte jedoch, dass dieser Mais nie unter entsprechenden Bedingungen getestet worden sei. Die Zulassung stehe damit im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen der EU, die es erforderlich machen, Freilandversuche unter realistischen Bedingungen durchzuführen. (Testbiotech, 25.01.21, www.testbiotech.org; PM Europäische Kommission, 22.01.21, www.ec.europa.eu) (pv)

Datenbank für Pflanzen aus neuer Gentechnik gefordert

Bei einem Fachgespräch der Grünen Bundestagsfraktion im Februar haben Expert*innen eine umfassende Datenbank für Pflanzen aus neuer Gentechnik gefordert. Das sei unabdingbar, um zum Beispiel kontaminiertes Saatgut an den europäischen Grenzen nachweisen und abfangen zu können. Das Fazit des Fachgesprächs: So lange bekannt sei, wonach gesucht werde, könnten Nachweise erbracht werden. Schwierig werde es jedoch bei illegal in die EU eingeführten Gentechnik-Pflanzen, wenn die Hersteller*innen nicht kooperierten. „Wir brauchen eine qualitativ hochwertige Datenbank, in der möglichst alle Genotypen der auf dem Markt befindlichen oder in der Entwicklung fortgeschrittenen, genomeditierten Pflanzen und auch ihre Elternlinien aufgeführt sind“, forderte Dr. Jacobi, Referent für Gentechnik im Umweltministerium Rheinland-Pfalz. Dies bekräftigt auch eine aktuelle Studie des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), wonach mithilfe solcher Daten rechtssichere Nachweise für genomeditierte Pflanzen entwickelt werden könnten. (Grüne Bundestagsfraktion, 24.02.21, www.gruene-bundestag.de; Informationsdienst Gentechnik, 26.02.21, www.keine-gentechnik.de) (pv)

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 257 vom Mai 2021
Seite 19 - 22